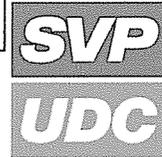


Dr. iur. Manuel Brandenburg
Mitglied des GGR der Schweizerischen Volkspartei
Schöneegg 14
6300 Zug



Präsident des GGR
Stadthaus
6301 Zug

Motion für mehr öffentliche Sicherheit

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Mit der vorliegenden Motion wird der Stadtrat verpflichtet, Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum der Stadt Zug zu ergreifen, und dem Parlament über die ergriffenen Massnahmen Bericht und Antrag zu erstatten. Insbesondere hat der Stadtrat dafür zu sorgen, dass die Polizeipräsenz in der Stadt Zug an bekannten neuralgischen Orten (u. a. Bahnhof, Seepromenade, Chaotikum, Galvanik, Metalli) am Abend, in der Nacht und an Wochenenden massiv erhöht wird. Bei der Ergreifung der geforderten Massnahmen hat der Stadtrat – sofern nötig – die notwendigen Leistungen von der Zuger Polizei zu beziehen und dem Parlament Bericht und Antrag zu erstatten über die Notwendigkeit, eine eigene Stadtpolizei einzuführen, selbst wenn dafür zuerst das Polizei-Organisationsgesetz angepasst werden müsste.

Begründung:

I. Rechtliches

Gemäss § 59 Abs. 1 Ziff. 3 des Gemeindegesetzes obliegt der Einwohnergemeinde im Rahmen der Gesetze die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

II. Inhaltliche Begründung

1. Am vergangenen Sonntag wurden zwei Jugendliche auf der Chamerstrasse von ein paar 17- und 18-jährigen aus dem Balkan (Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina) mit einem Baseballschläger brutal niedergestreckt. Gemäss Pressebericht vom 31. Januar 2008 sollen auch zwei Schweizer Täter gewesen sein. Eine Anfrage bei der Zuger Polizei, ob es sich bei den zwei Schweizern um eingebürgerte Ex-Jugoslawen handle, ergab die Mitteilung, sie hätten den Schweizer Pass, mehr dürfe man nicht sagen. Zweifel sind erlaubt, ob zwei nicht eingebürgerte junge Schweizer mit drei gewalttätigen Serben, Kosovo-Albanern und Kroaten umherziehen. Wahrscheinlicher ist, dass es sich um bei den zwei Schweizern um eingebürgerte Ex-Jugoslawen handelt. So viel zur Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts.
2. Die brutale Niederstreckung auf der Chamerstrasse erfolgte ohne Grund. Einfach so. Ein ähnlicher Fall ereignete sich kürzlich in der Metalli: Eine Person wurde von einem Ausländer aus dem Balkan grundlos brutal niedergeschlagen. Fast Gleiches ereignete sich ebenfalls unlängst an der Seepromenade. All dies ist alarmierend.

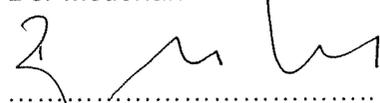
3. Die erste und vornehmste Aufgabe des Staates ist die Gewährung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Diese Aufgabe ist weit wichtiger als Dinge wie Kulturförderung, Mittagstische, schöne Schiffsanlegestellen und präsidiale Festauftritte. Leider begegnen wir heute der grotesken Situation, dass die staatlichen Grundaufgaben nicht mehr richtig wahrgenommen werden, dafür aber für vieles, das nicht notwendig, aber für einige wenige „nice to have“ ist, Steuergelder verschleudert werden.
4. Die eingangs geschilderten Gewaltexzesse in der Stadt Zug sind die Spitze von vielen anderen Vorkommnissen, die dafür zeugen, dass die Stadt Zug nicht mehr sicher ist und viele Bürger, gerade auch Frauen, nicht mehr wagen, an Abenden bestimmte Orte zu passieren (Bahnhof, Metalli, Kollermühle, u. a.). Auch im Umkreis der Galvanik kommt es regelmässig zu Vandalenakten, die männiglich bekannt sind. An der Seepromenade werden von betrunkenen Missetätern regelmässig Sitzbänke zerstört, ohne dass die Prävention – etwa polizeiliche Präsenz vor Ort, wenn Patrouillen nicht ausreichen – erhöht würde. Stattdessen montiert das Bauamt der Stadt Zug am folgenden Morgen neue Sitzbänke auf der Seepromenade.
5. Leider reagieren die zuständigen Behörden auf die eingangs geschilderten Ereignisse allzuoft mit Verharmlosung und Vertuschung. Treiben Täter aus dem Ausland ihr Unwesen, sagt die Polizei nichts, ist ein Schweizer der Täter, bekommt er eine grosse Schlagzeile. Die Stadt und der Kanton Zug sind bekannt für speditive und qualitativ hochstehende behördliche Aufgabenerfüllung. Behördliche Bequemlichkeit ist nicht verbreitet. Umso wichtiger ist es, dass sie sich auch in einem derart grundlegenden Bereich wie der öffentlichen Sicherheit nicht einschleicht. Sollten dem Stadtrat die Mittel für mehr Sicherheit fehlen, sind sie bei der Kultur zu holen (der private Verein Zuger Kunstgesellschaft wird zum Beispiel gemäss Budget 2008 mit fast 550'000 Franken Steuergeldern subventioniert, ohne dass die breite Öffentlichkeit, die nicht zum elitären Kulturzirkel gehört, etwas davon hätte; die Chollerhalle wird mit 160'000 Franken jährlich subventioniert, die Theater- und Musikgesellschaft mit 600'000 Franken jährlich, das Kulturzentrum Galvanik mit 190'000 Franken, die Stiftung Theater Casino mit 822'600 Franken, die Stiftung Museum in der Burg mit Fr. 280'000 jährlich). Allein die genannten jährlichen Kultursubventionen belaufen sich auf Fr. 2'602'600 jährlich.

III. Fazit

Aus den genannten Gründen wird der Stadtrat mit der vorliegenden Motion zu Massnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit verpflichtet. Darunter fallen vermehrte Polizeipräsenz durch Patrouillen oder - wofern nötig – durch ständige Wachtposten an neuralgischen Punkten. Ebenso hat der Stadtrat die Pflicht, die Notwendigkeit einer eigenen Stadtpolizei zu überprüfen, und dem Parlament darüber Bericht und Antrag zu erstatten, selbst wenn dafür das neue Polizei-Organisationsgesetz angepasst werden müsste. Mit einer Stadtpolizei hätte der Stadtrat ein eigenes Mittel zur Hand, um rasch und effizient polizeilich handeln zu können. Es darf nicht sein, dass Mitglieder der Kantonspolizei, die in die Stadt aufgeboden werden, nicht einmal – wie geschehen – das Quartier kennen, in das sie aufgeboden werden. Mit der Einführung einer Stadtpolizei könnte die Sicherheit schon dadurch erhöht werden, dass in den einzelnen Quartieren ständige Polizeiposten eingerichtet werden. Polizeipräsenz schreckt ab, Polizeiabstinz verleitet zu Untaten.

Zug, den 31. Januar 2008 (Schmutziger Donnerstag)

Der Motionär:



.....
Dr. Manuel Brandenburg